

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. März 1952

426/J

A n f r a g e

der Abg. H o n n e r und Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend die Haltung der österreichischen Regierung in der Frage der Verschleppung junger Österreicher zur Fremdenlegion.

--.--

In der letzten Sitzung des Alliierten Rates wurde, auf Anregung des sowjetischen Vertreters, die Frage der Verschleppung junger Österreicher zur französischen Fremdenlegion auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vertreter der westlichen Besatzungsmächte weigerten sich, einem Beschluss in dieser Frage zuzustimmen, und begründeten ihre Weigerung damit, dass sich die österreichische Regierung noch nicht offiziell an den Alliierten Rat in dieser Angelegenheit gewendet hätte. Es stellt sich demnach die erschütternde Tatsache heraus, dass die österreichische Regierung trotz zahlreicher alarmierender Fälle von Verschleppungen von Österreichern zu Fremdenlegion, trotz des Protestes vieler gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen, trotz des Schmerzes und der Tränen zahlreicher österreichischer Mütter und Väter es nicht der Mühe wert gefunden hat, diese Sachver den Alliierten Rat zu bringen. Diese Passivität und Teilnahmslosigkeit der österreichischen Regierung dem Schicksal hunderter Österreicher gegenüber hat nun den Vertretern der Westmächte die Möglichkeit zu ihrer zynischen Bemerkung auf der letzten Sitzung des Alliierten Rates gegeben und ihnen den Vorwand geliefert, unter welchem sie den Werbem für die Fremdenlegion auch weiterhin freie Hand lassen, den schmutzigen Krieg Frankreichs gegen seine Kolonialvölker auch mit österreichischem Kanonenfutter zu beliefern.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die folgende

A n f r a g e:

1.) Wie ist es zu erklären, dass sich die Bundesregierung trotz der sich häufenden Zahl von Fällen der Verschleppung junger Österreicher zur französischen Fremdenlegion, trotz der vielen Opfer, welche die Fremdenlegion in unserem Lande bereits gefordert hat - das tragische Ende des Eduard Schafarik ist nur eines der letzten Beispiele in einer langen Kette -,

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. März 1952

bisher noch nicht an den Alliierten Rat gewendet hat, um dem Treiben der Werber für die Fremdenlegion ein Ende zu setzen und die Rückführung der Jugendlichen zu erwirken?

2.) Ist die Bundesregierung bereit, sofort beim Alliierten Rat offiziell gegen die Verschleppung junger Österreicher, für die Einstellung jeder Werbearbeit der Agenten der Fremdenlegion und für die Heimförderung der jugendlichen Österreicher aus den Lagern der Fremdenlegion zu intervenieren?

3.) Ist die Regierung bereit, alles zu tun, um die Verschleppung von Österreichern zur Fremdenlegion zu verhindern, die Werbearbeit der Agenten zu unterbinden und die Rückführung der verschleppten Jugendlichen durchzusetzen?

.-.-.-.-.